

„Panik hilft nicht“

Die Soziologin Anita Engels
über die Lehren aus der Klimadebatte.

Interview: Mischa Täubner
Fotografie: Hanna Lenz

Beschäftigt sich seit 25 Jahren mit dem Klimawandel: Anita Engels, Professorin an der Universität Hamburg



brandeins: Frau Engels, wie erklären Sie sich die Härte im Klima-Streit?

Anita Engels: Man darf nicht vergessen, was auf dem Spiel steht. Wirtschaftliches Wachstum basiert in der Industriegesellschaft, wie wir sie kennen, auf dem unbegrenzten Gebrauch fossiler Brennstoffe. Jedes politische Bemühen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, berührt nicht nur viele Interessen, sondern fordert unser gesamtes Wohlstands-Modell heraus.

Erklärt das allein schon die Emotionalität?

Studien zeigen, dass die Haltung in der Klimafrage weniger vom Kenntnisstand in der Sache abhängt als von Weltanschauungen und Werten. Stark aufgeladen war die Debatte in den USA. Viele Amerikaner haben das Selbstverständnis, dass man sich den Wohlstand redlich verdient hat und ihr Way of Life genau richtig ist. Staatliche Regulierungen und Veränderungen des Lebensstils, die als Forderungen früh in der Debatte mitgeschwangen, stoßen bei großen Teilen der Bevölkerung auf rigorose Ablehnung. Interessant ist, dass eine klimafreundliche Einstellung nicht notwendigerweise zu klimafreundlichem Handeln auf der persönlichen Ebene führt. Ebenso können Skeptiker ressourcenbewusst sein.

Die Debatte drehte sich nicht nur darum, wie man auf die Erderwärmung reagieren soll. Vielmehr wurde die wissenschaftliche Erkenntnis an sich angezweifelt.

Das war vor allem in der Phase zwischen 1995 und 2005 so – und in den USA viel stärker als in Deutschland. Ein wesentlicher Grund dürfte die Erdöl-Lobby sein, die etliche Millionen Dollar investiert hat, um Zweifel zu säen.

Auch in Deutschland warfen Medien den Klimatologen Übertreibung vor. Zu Recht? Zunächst einmal hat die Wissenschaft mit der Einrichtung des Weltklimarats IPCC 1988 sehr beeindruckend reagiert. Sie hat in eigener Initiative konkrete Ver-

fahren entwickelt, um zu einer global abgestimmten Risikoeinschätzung des Klimawandels zu gelangen. In der Medienarbeit gab es aber auch Fehler.

Welche?

Ich habe von so manchem Forscher die Beschwerde gehört, dass Journalisten von ihm klare Aussagen hören wollten, wo es eigentlich noch Unsicherheiten gab. Weil die sich in einem Zeitungsartikel nicht darstellen ließen, hat man sich auf etwas geeinigt, das wissenschaftlich nicht wirklich gedeckt war. Das ist eine Form der Popularisierung, die dem Forscher negativ ausgelegt werden kann. Zudem gab es vor allem in der Frühphase Wissenschaftler, die sich verantwortlich fühlten, auf das Klimaproblem aufmerksam zu machen. Sie haben bewusst dramatisiert oder sich zumindest nicht gegen dramatisierende Darstellungen gewehrt. Das ist riskant.

Als Lösung für das Klimaproblem hat sich die Wissenschaft früh auf die drastische Reduzierung von CO₂ geeinigt, noch bevor eine gesellschaftliche Debatte darüber in Gang gekommen war. Ein Grund für die Eskalation?

Diese Verengung auf CO₂ ist von vielen Seiten betrieben worden. So erschien das Problem überhaupt erst mal bearbeitbar. Andererseits wurde dadurch lange Zeit ausgeblendet, dass die Transformation zu einer klimafreundlichen Gesellschaft im Kern ein konfliktreicher und damit ein politischer Prozess ist.

In den USA hat sich ein Kampf um das sogenannte Hockeyschläger-Diagramm entzündet. Sie hat den Urheber Michael Mann zum Medienstar gemacht, aber auch zur Zielscheibe von Gegnern.

Zwar hat sich die Kernaussage als richtig herausgestellt. Aber allein dadurch, dass sie Fehler enthielt und der Weltklimarat sie ins Schaufenster gestellt hat, obwohl andere Forscher bei der Darstellung der Temperaturentwicklung zu etwas anderen Kurvenverläufen gekommen waren,

bot sie den Gegnern eine willkommene Angriffsfläche. Sie haben die Kontroverse um Details so hingestellt, als sei der ganze Klimawandel umstritten.

Die Stars des Weltklimarats haben daraufhin versucht, eine gemeinsame Front zu bilden. War das klug?

Man muss sich vor Augen halten, in welchem feindlichen Umfeld sich die Forscher bewegt haben. Ich finde nicht, dass man ihnen wegen des Versuchs, sich abzusprechen, einen Vorwurf machen kann.

In Deutschland wurde die Klimadebatte mit dem Begriff der Katastrophe eingeleitet. Welche Folgen hatte das?

Man assoziiert mit Katastrophe unmittelbare Lebensgefahr und Heldentum bei der Art und Weise, sich ihr zu stellen. Das schafft Aufmerksamkeit. Auch so manche Nichtregierungsorganisation ist auf den Katastrophenzug aufgesprungen, was nicht dazu geführt hat, dass das Thema dauerhaft ernst genommen wurde. Pragmatischer wäre gewesen, man hätte schlicht von Erderwärmung gesprochen. Die Klimakatastrophe war bald nichts Neues mehr – sicher auch ein Grund dafür, warum die Medien irgendwann auf die Kritik an der Klimawissenschaft aufgesprungen sind. Später hat dann das Katastrophenthema immer mal wieder Oberhand gewonnen.

Derartige Wellen in den Medien hat manchen Klimatologen auf die Palme gebracht. Stefan Rahmstorf hat versucht, die Deutungshoheit zu behalten, indem er sich bei Chefredakteuren über Artikel beschwerte.

Seit Beginn der Klimadebatte ringen viele Wissenschaftler um die richtige Haltung. Soll man sich an der öffentlichen Diskussion beteiligen? Wie warnt man seriös vor den Folgen des Klimawandels? Stefan Rahmstorf hat sich Feinde gemacht. Ob das sinnvoll oder kontraproduktiv war, mag ich nicht beurteilen. Klar ist aber, dass jeder Versuch, die Medien zu kontrollieren, zum Scheitern verurteilt ist.

Inzwischen sind Auswirkungen der Erderwärmung beobachtbar. Trotzdem steigen weltweit die Treibhausgasemissionen. Wie erreichen wir Fortschritte?

Das ist die Gretchenfrage, die mich schon lange umtreibt. In der Geschichte gab es mehrere große Transformationen, aber anders als der jetzt geplante globale Klimaschutz geschahen sie ohne Vorsatz. Lange Zeit dominierte die Idee, dass in der UN ein verbindliches Reduktionsziel verabschiedet werden kann, an das sich alle Staaten halten. Wie wir gesehen haben, war das internationale politische System damit überfordert. Mit dem Pariser Übereinkommen 2015 hat man sich vom verpflichtenden Konsens-Prinzip verabschiedet. Man setzt jetzt auf das freiwillige Engagement der Staaten.

Sehen Sie darin eine Chance?

Das wird sich erst noch zeigen. Ich bin aber vorsichtig optimistisch, weil es auf verschiedenen Ebenen Bewegung gibt. Die Vorstellung, dass eine Instanz den Umbau der Industriegesellschaft verordnen kann, ist naiv. So funktioniert Gesellschaft nicht. Seit Paris liegt die Aufmerksamkeit stärker auf dezentralen Akteuren, die etwas ausprobieren, neue Formen der Mobilität etwa oder nachhaltige Stadtentwicklung. Investoren, die sich aus ökonomischem Kalkül aus der Kohle zurückziehen, ein peruanischer Bauer, dessen Klage gegen ein Energieunternehmen auf Kompensation für lokale Klimaschäden von einem deutschen Gericht zugelassen wird – es ist schwer zu sagen, wodurch eine große Transformation ins Rollen kommt.

Die neue Schülerbewegung, angeführt von Greta Thunberg, hat eine andere Botschaft. Sie richtet sich an die Regierungen und lautet: „I want you to panic.“

Ich finde gut, dass die Schülerinnen und Schüler die Verantwortlichkeit so klar benennen. Aber Panik hilft nicht. Sie macht eher blind oder führt in den Populismus. Angst ist nicht der Modus, in dem ich kreativ sein kann. ■